

Köln, 13.09.2022

Sehr geehrte Frau Bahr,
sehr geehrte Frau Dr. Kappert-Gonther,

im Nachklang der Fachtagung „Und wer fragt mich? Unterstützung für Kinder psychisch kranker Eltern gestalten“ im Mai dieses Jahres möchten wir jetzt nach der Sommerpause noch einmal auf Sie zukommen, da wir in Sorge sind, dass unser gemeinsames Thema aufgrund der aktuellen gesellschaftlichen Bedrohungslage und den damit verbundenen immensen Kosten zur Abwehr von Gefahren politisch aus dem Blick zu geraten droht.

Gleichwohl muss jetzt zeitnah die Umsetzung der Empfehlungen weiter gehen! Neben der noch lange nicht beendeten Pandemie verschärfen die Folgen des Ukraine-Krieges mit den massiv steigenden Lebenskosten die Situation der betroffenen Familien stark, was psychische Schwierigkeiten und Erkrankungen bei Eltern und Kindern schlimmer und häufiger macht. Existentielle Ängste, u.a. vor Wohnungsverlust oder davor, Lebensmittel nicht mehr finanzieren zu können, können von Eltern mit psychischen Erkrankungen nicht kompensiert werden und übertragen sich auf deren Kinder, die durch die Erkrankung der Eltern bereits schon stark belastet sind. Dies zeigen aktuelle Studien zu psychischen Belastungen (z.B. COPSY oder TRANS-GEN) und berichten Mediziner*innen, Psychotherapeut*innen, Lehrkräfte und Fachkräfte der aufsuchenden Erziehungshilfen.

In diesem Zusammenhang machen wir noch einmal auf die konkreten Vorschläge und Forderungen der Fachverbände vom 20.11.2020, auf das Arbeitspapier zu unseren Fachgesprächen mit Ihnen vom April 2022 und auf das Papier vom 05.05.2022 „Monitoring der „KpKE-Empfehlungen jetzt qualitativ umsetzen!“ aufmerksam. Die drei Dokumente sind diesem Schreiben angehängt.

Wir möchten Sie heute nach dem aktuellen Sachstand zu dem Prozess auf politischer und interministerieller Ebene fragen und Sie dringend bitten, sich weiterhin für die zeitnahe Umsetzung insbesondere *der Empfehlungen 17a und 17b* zu den komplexen, SGB-übergreifenden, familienbezogenen Leistungen einzusetzen. Die Relevanz für die Praxis in den Kommunen ist hier besonders hoch! Wir brauchen dringend bundesweite projektunabhängige Strukturen für eine verbindliche Finanzierung von individuell abgestimmten, SGB-übergreifenden Hilfen für Familien aus den ambulanten und stationären Kontexten von Erwachsenen-, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychotherapie, Jugendhilfe und Eingliederungshilfe.

Uns ist bewusst, dass die finanziellen Mittel begrenzt sind. In der aktuellen Situation ist die Ermöglichung von komplexen Leistungen besonders wichtig. Eine tatsächliche Umsetzung erscheint uns zudem realistisch, da es sich nicht um neue, zusätzliche und kostenintensive Leitungen handelt, die mit einer Kostensteigerung einhergehen. Stattdessen geht es „nur“ um einen Paradigmenwechsel der Finanzierung (nämlich SGB-übergreifende und präventive Hilfen für Familien komplex und nicht im Additions- und Zuständigkeitsverfahren finanzieren).

Die Praxis zeigt, dass solch komplexe, SGB-übergreifende und individuell ausgestaltete multidisziplinäre Leistungen die Situation der betroffenen Familien tiefgreifend und nachhaltig verbessern können, so dass hier die Kosten-Nutzen-Relation außerordentlich gut ist.

Gerade in Zeiten solch großer individueller und gesellschaftlicher Belastungen ist es dringend notwendig, eine spürbare Verbesserung der Situation betroffener Familien anzustreben, was konkret durch die Umsetzung der Empfehlungen 17 a und 17 b erreicht werden kann.

Langfristig sprechen wir uns für ein Monitoring aller empfohlenen Maßnahmen aus, um die Zusammen- und Netzwerkarbeit des Gesundheitswesens und der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Gestaltung kommunaler Gesamtprozesse zu verbessern und die allgemeine Situation betroffener Familien nachhaltig positiv zu gestalten.

Den Bedarfen von Familien mit psychisch kranken und suchtkranken Eltern nachzukommen ist Bestandteil des Koalitionsvertrages. Wir möchten Sie als Vorsitzende des Familienausschusses und des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestags bitten, sich in dieser herausfordernden Zeit weiterhin für diese besonders vulnerable Zielgruppe einzusetzen.

Zur effektiven Weiterführung des Prozesses würden wir eine gemeinsame Sitzung beider Ausschüsse, wie von Ihnen, Frau Bahr, einmal erwähnt, sehr begrüßen und bieten Ihnen weiterhin gerne unsere Expertise für die nächsten Prozessschritte an.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. med. Filip Caby

Vorstandsvorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie (DGSF)
Arzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, Systemischer Therapeut und Berater (DGSF und SG), Lehrender systemische Therapie und Beratung (DGSF und SG)
Sprecher des Medizinerverbundes der DGSF
Klinikdirektor der Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -Psychotherapie der Märkischen Kliniken Lüdenscheid



Prof. Dr. Beate Ditzen

Universitätsprofessorin (W3) Medizinische Psychologie und Psychotherapie, Ruprecht-Karls Universität Heidelberg
Direktorin, Institut für Medizinische Psychologie, Universitätsklinikum Heidelberg
Sprecherin Interessengruppe „Familienpsychologie“, Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs)



PD Dr. med. Rieke Oelkers-Ax

Ärztin für Kinder- und Jugendpsychiatrie und -psychotherapie, Systemische Therapeutin und Beraterin (SG)
Ärztliche Direktorin, Familientherapeutisches Zentrum (FaTZ) gGmbH Neckargemünd
Sprecherin des „Fachreferats für Frauen- und Männergesundheit und Familienpsychiatrie/-psychotherapie“, Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN)



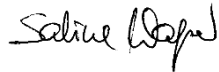
Dr. Koralia Sekler

Geschäftsführerin des AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e.V. (AFET)



Dr. Luc Turmes

1. Vorsitzender der Marcé-Gesellschaft für peripartale psychische Erkrankungen
Stellvertr. Leiter des Referats Frauen- und Männergesundheit, Familienpsychiatrie
und –Psychotherapie der DGPPN
Ärztlicher Direktor der LWL-Klinik Herten



Prof. Dr. Sabine Walper

Präsidentin der Deutschen Liga für das Kind
Stellv. Sprecherin Interessengruppe „Familienpsychologie“, Deutsche Gesellschaft für Psychologie (DGPs)



Birgit Averböck

Fachreferentin für Jugendhilfepolitik der Deutschen Gesellschaft für Systemische Therapie, Beratung und Familientherapie
(DGSF)